

Sepp Fiedler, Andreas Eickelkamp (Hg.)

Die **Lifestyle-Falle**

Der Klimawandel
als Chance
für ein neues
Lebensgefühl

RHOMBOS



Geldsystem und Solar Lifestyle

Margrit Kennedy

Eigentlich wollte ich nur herausfinden, warum sich die ökologischen Projekte in der Internationalen Bauausstellung Berlin 1980 – meinem ersten Traum von einem »Solar Life Style« – so schwer umsetzen ließen. Dann begriff ich 1982 einen kleinen aber bedeutsamen Konstruktionsfehler in unserem Geldsystem, was mich seitdem viele schlaflose Nächte gekostet hat:

1982, weil ich zuerst einmal nicht glauben wollte, dass das, was ich in zwanzig Minuten verstanden hatte, wirklich stimmte.

1983, weil ich wütend war, dass mir das kleine »Einkaufs« des Wirtschaftens mit Geld nicht schon in der Schule beigebracht wurde.

1984, weil ich mich immer wieder fragte: Wie kann ich es schaffen, dass auch andere diesen Grundfehler im Geldsystem verstehen, der das Leben auf dieser Welt zu ersticken droht?

2001, weil ich mir sagte: nur praktische Projekte bringen uns voran, und Leute, die den Fehler ebenfalls verstanden hatten, immer wieder fragten: Was können wir denn nun praktisch machen?

2002, weil ich mich fragte, ob die Lösung, die ich plötzlich erkannt hatte, wirklich die richtige Lösung sein würde?

2003, weil zu viele Menschen die Lösung, die ich vorschlug, umsetzen wollten.

2005 deswegen, weil immer mehr Initiativen beweisen, wie und dass die Lösung funktionieren kann, der Wettlauf zwischen der menschlichen Trägheit und der tragfähigen Begeisterung der ersten Initiator/innen aber noch nicht entschieden ist. (Die Frage ist: Wie lange können sie das Engagement noch durchhalten?)

Vermutlich fragen Sie nun: Was ist es denn, dieser kleine Konstruktionsfehler, der so schrecklich stört, dass er so viele schlaflose Nächte kostet, und was kann man machen, um ihn zu beheben?

Danke für diese Frage, denn ich möchte sie Ihnen natürlich sehr gern beantworten. Und vielleicht wird dann auch klar, was unser Geldsystem mit dem Traum von einem »Solar Lifestyle« zu tun hat.

Der Anfang meiner Geschichte mit dem Geld

Der Initialzündler für mein neues Verständnis vom Geld war 1982 Helmut Creutz. Geld – das war ein Thema, das mich bis dahin sehr wenig beschäftigt hatte. Entweder hatte ich es, dann habe ich es ausgegeben. Oder ich hatte es nicht, dann habe ich es eben nicht ausgeben können. Aber Helmut Creutz schaffte es mit einer einzigen Grafik, ja eigentlich mit zwei Kurven, mein ganzes Weltbild von dem, was Geld ist und wie es unsere Wirtschaft antreibt, auf den Kopf zu stellen.

Gleich zu Anfang eines Vortrags, in einem kleinen Dorf in der Nähe von Walsrode im Rahmen einer Tagung zum Thema »Ökologie und Ökonomie«, legte er die folgenschwere Folie auf: »Dies hier ist die exponentielle Wachstumskurve des Geldes mit unserem heutigen Zinssystem, und dies die natürliche Wachstumskurve eines Baumes«, höre ich ihn heute noch sagen. Ich sehe, wie die Geld-Kurve immer rasanter nach oben steigt, während die andere, die »natürliche« Wachstums-Kurve, ab einer optimalen Größe aufhört zu wachsen. Und schlagartig begriff ich, warum Ökonomie und Ökologie in diesem Geldsystem nie zusammen kommen können.

Es war, als fielen hundert Groschen auf einmal. Als würde ein Schleier weggezogen. Ich saß da wie vom Donner gerührt. Hatte ich den »Missing Link« gefunden? Sollte der Zins die unsichtbare Zerstörungsmaschinerie im großen Weltgetriebe sein? Konnte ein kleiner Fehler in der Konstruktion unseres Geldsystems für alles mitverantwortlich sein – von Firmenpleiten über Arbeitslosigkeit bis zu Umweltzerstörung und Krieg? Gab es durch das exponentielle Wachstum des Geldes wirklich einen nicht zu überbrückenden Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie?

Jedenfalls war mir mit einem Mal klar, was die Leute am Ende meiner Ökologie-Vorträge immer meinten mit »Das rechnet sich nicht«. Es hieß schlicht und einfach: Aus den Erträgen solcher Projekte würde man nicht die üblichen Zinsen erwirtschaften können. Weder die von der Bank geforderten noch die, die man selbst bekäme, wenn man das Geld – statt es in Ökologie zu investieren – auf ein Sparkonto legen würde.

Und hier kommt in den nächsten zwei Abschnitten – was ich in den nächsten zwei Jahrzehnten in hunderten von Vorträgen, in Büchern und in Artikeln wie diesem, mit denselben oder anderen Worten immer wieder sagen musste:

Es gibt einen kleinen, aber bedeutsamen Konstruktionsfehler in unserem Geldsystem: den Zins als Umlaufsicherung.

Denn das Geld, mit dem wir täglich umgehen, dient zwei gegensätzlichen Zwecken: Zum einen fungiert es als Tauschmittel und ist damit eine der genialsten Erfindungen der Menschheit und die Voraussetzung für eine funktionierende Arbeitsteilung, das heißt Grundlage jeder Zivilisation. Zum anderen kann es

aber auch gehortet werden, und in dieser Eigenschaft kann es den Tausch verhindern. Hat jemand einen Sack Äpfel und ein anderer das Geld, diese Äpfel zu kaufen, so sind die Äpfel in wenigen Monaten faul, wohingegen das Geld nach wie vor denselben Wert hat. Die Unvergänglichkeit und die so genannten Jokereigenschaften des Geldes – Geld ist für alles eintauschbar – stellen gleichzeitig die Voraussetzung für den Zins dar, den Geldbesitzer erheben können, ohne dafür einen Finger krümmen zu müssen. Die Selbstverständlichkeit, mit der wir das Zins-Nehmen und -Bezahlen heute akzeptieren, beruht aber auf drei grundlegenden Missverständnissen:

Erstes Missverständnis

Geld – und damit die Wirtschaft – kann dauerhaft quantitativ wachsen. Das ist es, was wir täglich in den Medien zu hören bekommen, und woran alle neo-liberalen Ökonomen glauben. Wirtschaftliches Wachstum ist das Einzige, was uns weltweit aus der Problemsituation, in der wir uns befinden, herausführen kann.

Nur wenige Menschen unterscheiden überhaupt zwischen drei generisch verschiedenen Wachstumsprozessen, die ganz unterschiedliche Folgen haben: Sowohl unser menschlicher Körper als auch Pflanzen und Tiere zeigen im physischen Bereich ein »natürliches Wachstum«. Wir wachsen recht schnell in den frühen Phasen unseres Lebens, dann langsamer und hören gewöhnlich mit dem körperlichen Wachstum ab einer optimalen Größe, etwa nach dem 21sten Lebensjahr auf. Ab diesem Zeitpunkt, also die längste Zeit unseres Lebens, verändern wir uns – mit allen Subsystemen – fast ausschließlich qualitativ statt quan-

titativ. Deshalb möchte ich diese Kurve – die Biologen auch »Annäherungskurve« nennen – als »qualitative Wachstumskurve« bezeichnen.

Es gibt jedoch zwei weitere, grundlegend unterschiedliche Wachstumsmuster: zum einen das mechanische oder »lineare« Wachstum, das heißt mehr Maschinen produzieren mehr Güter, mehr Kohle produziert mehr Energie und so weiter. Dieses ist für unsere Analyse von geringerer Bedeutung. Dennoch ist auch eine solche gleichbleibende Leistungszunahme – das Symbol im Logo der Deutschen Bank – auf unserer begrenzten Erde nicht durchzuhalten.

Am Wichtigsten hingegen ist das Verständnis des so genannten exponentiellen Wachstums, welches man als das genaue Gegenteil des »natürlichen Wachstums« bezeichnen könnte. Hier ist das Wachstum anfangs sehr gering, steigt dann aber kontinuierlich an und geht schließlich in fast senkrechtes quantitatives Wachstum über. In der Natur ebenso wie im menschlichen Körper zeigt ein solches Wachstum gewöhnlich Krankheit an. Krebs zum Beispiel, folgt einem exponentiellen Wachstumsmuster. Zuerst wächst er langsam. Aus einer Zelle werden 2, daraus 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256, 512 und so weiter. Er wächst also ständig schneller. Wenn die Krankheit schließlich entdeckt wird, hat sie oft eine Wachstumsphase erreicht, in der sie nicht mehr gebremst werden kann. Ein solches exponentielles Wachstum endet gewöhnlich mit dem Tod des Organismus, in dem es stattfindet – zumeist auch mit dem Tod des »Gastes«, da dieser sich durch die Vernichtung seines »Wirts« seine Lebensgrundlage entzieht. Deshalb ist das mangelnde Verständnis für die Probleme einer solchen Wachstumsform die folgenschwerste Fehlvorstellung im Hinblick auf die

Funktion des Geldes, da sich auch Geldvermögen durch Zins und Zinseszins in regelmäßigen Zeitabständen verdoppeln, das heißt ein exponentielles Wachstumsverhalten aufweisen müssen. Das erklärt, warum wir in der Vergangenheit, in regelmäßigen Zeitabschnitten und auch gegenwärtig wieder mit unserem Geldsystem gravierende Probleme haben.

Das berühmte Beispiel vom Josephs-Pfennig zeigt, dass der Zins als Umlaufsicherung nur kurz- und mittelfristig funktionieren kann. Hätte Joseph zur Zeit von Christi Geburt einen Pfennig investiert und wäre dieser von einer Bank mit durchschnittlich fünf Prozent verzinst worden, wäre dieser Pfennig im Jahr 2005 zum heute gültigen Goldpreis knapp 600 Milliarden Kugeln aus Gold vom Gewicht dieser Erde – zum Goldpreis in diesem Jahr – wert gewesen. Das zeigt, in Form eines realistischen Symbols: Geld frisst Welt, und dass ein andauernder Zinsbezug zwar mathematisch rechenbar, faktisch aber unmöglich ist, d. h. der Zins in der Form, wie wir ihn kennen, als Umlaufsicherung langfristig nicht funktionieren kann.

Könnten wir ein gesundes, der »natürlichen« Wachstumskurve entsprechendes Geldsystem einführen, wäre ein von Ökologen und Ökonomen seit langem gefordertes Nullwachstum oder »qualitatives« Wachstum überhaupt erst möglich.

Zwar haben viele über die Albaner gelacht, die einigen dreisten Investmentbankern glaubten, dass sie bei einem so genannten Pyramidenspiel eine Rendite von 25 Prozent pro Monat erwirtschaften könnten. Dies war bei exponentiell steigenden Einlagen kurzfristig tatsächlich möglich. Sobald die Zuwachsrate der Einlagen jedoch abnahm, musste dieses System zwangs-

läufig zusammenbrechen. Im Grunde sind wir allerdings auch nicht klüger, denn wer unser Geldsystem akzeptiert, riskiert – je nachdem, wo er lebt, nur eben auf einen längeren Zeitraum bezogen – genau dasselbe. Und dieser Zeitraum beträgt bei Zinsraten von 20 bis 40 Prozent, wie wir sie aus Lateinamerika kennen, etwa 10 bis 15 Jahre, bei Zinsraten, wie wir sie in Europa kennen, etwa 50 bis 60 Jahre. Und genau an diesem Zeitpunkt sind wir jetzt – sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – wieder angelangt.

Zweites Missverständnis

Wir zahlen Zinsen nur, wenn wir uns Geld bei der Bank oder von anderen leihen.

Dem ist freilich nicht so, denn in jedem Preis, den wir entrichten, ist ein Zinsanteil enthalten. Nämlich der Zinsanteil, den die Produzenten der gekauften Güter und Dienstleistungen der Bank zahlen müssen, um Maschinen und Geräte anzuschaffen. Bei den Müllgebühren zum Beispiel liegt dieser Zinsanteil bei etwa 12 Prozent, beim Trinkwasserpreis bei 38 Prozent, und bei der Miete im sozialen Wohnungsbau erreicht der Zinsanteil sogar 77 Prozent. Im Durchschnitt zahlen wir etwa 40 Prozent Zinsen oder Kapitalkosten in allen Preisen und Dienstleistungen, die wir zum täglichen Leben benötigen.⁶ Würde der Zins durch eine andere Umlaufsicherung ersetzt, könnten die meisten von uns ihre Einkünfte fast verdoppeln oder entsprechend weniger arbeiten, um denselben Lebensstandard zu halten.

Drittes Missverständnis

Der Zins ist eine gerechte Gebühr oder Prämie für die Überlassung von Liquidität, die jede/r auf Spareinlagen bekommt und die von allen in jedem Preis bezahlt werden muss. Nur die wenigsten verstehen, in welchem Ausmaß sie selbst draufzahlen, da der Zins- und Zinseszinsseffekt ganz legal für eine ständige Umverteilung des Geldes sorgt. Unterteilt man die deutschen Haushalte in zehn gleiche Gruppen, so zeigt sich, dass acht Teile oder 80 Prozent der Haushalte fast doppelt soviel Zinsen zahlen wie sie einnehmen, bei zehn Prozent die Einnahmen und Ausgaben bezüglich der Zinsen ausgeglichen sind und zehn Prozent der Bevölkerung einnimmt, was die große Mehrheit über den Zins verliert. Das heißt, die »Gerechtigkeit«, dass wir alle Zinsen über Sparverträge und Geldanlagen zurückbekommen, stellt sich bei näherem Hinsehen als trügerisch heraus. Erst bei Zins schaffenden Anlagewerten in Höhe von über 500 000 Euro können diejenigen, die diese Anlagen besitzen, von diesem System profitieren. Im Jahr 2001 betrug die Summe, die in Deutschland an Zinsen tagtäglich umverteilt wurde, circa eine Milliarde Euro. Diese Tatsache wird von Ökonomen und Politikern in öffentlichen Diskussionen gern übergangen, verschwiegen bzw. als »normal« akzeptiert.

Während 80 Prozent der Bevölkerung verlieren, profitieren Banken, Versicherungen und multinationale Konzerne vom Zinssystem. Es bestehen also in dieser Hinsicht weniger Interessensgegensätze zwischen Unternehmern und Beschäftigten, wie das linke Parteien noch immer suggerieren, als zwischen denjenigen, die



für ihre Einkünfte arbeiten müssen, und denen, die im großen Maße, ohne Arbeit Einkünfte beziehen.

Die Folgen des Konstruktionsfehlers

Der Zins ist demnach ein falscher Preismechanismus im »Kräftespiel« der Marktwirtschaft: Die »Mit-Spieler« (Wirtschaftsakteure) werden durch Zinskosten bestraft; die »Spielverderber«, die ihr Geld in der Kasse halten können, werden durch Zinseinnahmen belohnt.

Der Zins ermöglicht auf diese Weise im Gegensatz zum viel zitierten Anspruch auf Leistung in einer »Leistungsgesellschaft« ein leistungsloses Einkommen. Er bedeutet darüber hinaus den Zwang zu einem pathologischen (krankhaften) Wirtschaftswachstum und führt drittens zu einer Verschärfung der ungleichen Einkommensverteilung, d. h. zur Polarisierung der Gesellschaft.

Der Versuch der traditionellen »Linken«, das Problem durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu lösen, konnte deshalb nicht funktionieren, weil das Problem der Umverteilung durch die Geldwirtschaft (die so genannte Zirkulationssphäre unseres Wirtschaftssystems) weitgehend verkannt wurde und immer noch verkannt wird. Im Rahmen der Herstellung von Gütern (in der Produktionssphäre) wird der Mehrwert zwar geschaffen, die Höhe und die Verteilung dieses Mehrwerts werden jedoch zum großen Teil durch die Zirkulationssphäre bestimmt. Staatsozialismus statt Privatkapitalismus aber ist, wie wir heute wissen, nicht die Lösung des Dilemmas.

Eine Reform der Marktwirtschaft im Sinne von mehr sozialer und ökologischer Gerechtigkeit hat

weder der Sozialismus noch der Kapitalismus erreicht. Beide Gesellschaftsordnungen sind eben keine Alternativen, sondern eher vergleichbar mit zwei Seiten ein und derselben Münze.

Die Gründe für die heutigen Probleme des Bankensektors und Finanzsystems und die wachsende Polarisierung der Gesellschaft durch die Umverteilung des Reichtums sind jedoch nicht, wie immer wieder behauptet wird, fehlende soziale Gesetze oder die Korruption der jeweiligen Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft. Diese kommen zwar erschwerend hinzu. Was aber nur wenigen bekannt ist und – weil tabuisiert – selten öffentlich diskutiert wird, sind die wesentlichen Ursachen, die in der Funktionsweise unseres Geldsystems liegen.

Die von vielen geforderte Entschuldung der Länder der Dritten und der Vierten Welt, die den reichen Industrieländern über 350 Millionen Dollar pro Tag an Zinsen zahlen, würde ebenso wenig die Wurzel des Übels beseitigen wie die gut gemeinten Spenden aus den Industrieländern. Die Spenden gleichen insgesamt lediglich für etwa 14 Tage pro Jahr die oben genannten Zinslasten aus. Letztlich werden immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländer vom Internationalen Währungsfonds (IWF) regiert.

Die hoch industrialisierten Länder werden vom belohnenden oder bestrafenden Finanzmarktgott dazu erzogen, eine reibungsfreie, kostengünstige und ertragreiche Kapitalverwertung zu ermöglichen. Eine »Standortpolitik« in diesem Sinne entzieht aber einer autonomen Wirtschaftspolitik einzelner Staaten den Boden.

Die Lösung: Eine »Bereitstellungsgebühr« statt Zins

Seit 1916 liegt nun eine Lösung auf dem Tisch, die nicht nur verblüffend einfach und elegant, sondern darüber hinaus praktikabel und leicht verständlich ist. Entdeckt und erstmals publiziert wurde diese Lösung bereits 1916 von dem deutsch-argentinischen Kaufmann Silvio Gesell, dessen »Natürliche Wirtschaftsordnung« sich zum Kapitalismus/Kommunismus etwa so verhält, wie das kopernikanische Weltbild zum ptolemäischen.

Statt Zins zu zahlen, schlägt Gesell vor, eine »Bereitstellungsgebühr« zu erheben (es werden auch die Ausdrücke »Liegegebühr« oder »Demurrage« verwendet), um den Umlauf des Geldes zu sichern. Das Geld wird also weitgehend auf seine Funktion als Tauschmittel beschränkt. Es dient aber auch als stabiler Wertspeicher. Hat man mehr Geld, als man braucht, bringt man es zur Bank, die es verleiht und somit wieder in Umlauf bringt, und damit entfällt die Nutzungsgebühr.

Es ändert sich an den heutigen Gepflogenheiten kaum etwas. Der Anreiz zum Sparen jedoch bliebe bestehen. Denn während auf dem Girokonto das Geld wie Bargeld behandelt wird und einer Nutzungsgebühr unterliegt, wird das Geld auf dem Sparkonto nicht belastet. Es behält seinen Wert, und damit wird eine von vielen systembedingten Unsicherheiten, die einen jeden betreffen, endlich abgeschafft. Vom Kreditnehmer hingegen wird die Bezahlung der Arbeit der Bank und eine Risikoprämie verlangt, beides Gebühren, die auch heute in jedem Kredit als kleiner Anteil enthalten sind. Sie betragen meist nicht mehr als 2,0 bis 2,5 Prozent der Zinskosten.

Das Zurückhalten von Bargeld kann auf verschiedene Weise verhindert werden, zum Beispiel dadurch, dass es entweder Farbserien von Geldscheinen gibt, die einmal im Jahr (zwischen 6 und 12 Prozent) oder kontinuierlich (monatlich zwischen 0,5 und 1 Prozent) entwertet oder mit Ablaufdaten (ähnlich wie Lebensmittel) versehen werden. Doch wird sich dies bei zunehmend bargeldlosen Transaktionen zum Beispiel über Chipkarten, die verschiedene Zahlungsfunktionen aufnehmen können, wesentlich einfacher gestalten.

Die Folgen: Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit

Alles, was in dem neuen System entfällt, sind exponentiell wachsende Ansprüche auf Spareinlagen und damit auch die Verzerrung des Marktgeschehens durch die einseitige Akkumulation von Geld in den Händen von wenigen, d. h. die Polarisierung unserer Gesellschaft. War die Wirtschaft bisher vom Kapital abhängig (Hans-Martin Schleyer hat einmal gesagt: »Kapital muss bedient werden!«), so muss sich das Geld jetzt dem Bedarf der Wirtschaft anbieten, um einem Verlust zu entgehen. Das heißt, das Kapital dient uns. Damit wird auch zum ersten Mal eine nachhaltige Wirtschaft und ein nachhaltiger Wohlstand möglich, denn wir können ein Geldsystem schaffen, welches der »natürlichen« Wachstumskurve folgt, d. h. ab einer optimalen Größe aufhören kann, quantitativ zu wachsen, und damit qualitatives Wachstum zulässt.

Das kann dann heißen: mehr Lebensqualität statt mehr Konsum; mehr Muße statt mehr Zeitknappheit; Zeit für Großeltern und Kinder, für Kunst und Kul-

tur statt das Delegieren an die zuständigen Institutionen. Ausweitung des Programms statt Einsparungen in sozialen Einrichtungen und im Bildungssektor, denn weiteres qualitatives Wachstum, ist gerade hier besonders nötig. Und all dies, weil der Druck des zum exponentiellen Wachstum verpflichteten Geldes auf die Wirtschaft und damit letztlich die Menschen nachlässt.

Die Reichen zehn Prozent der Bevölkerung können endlich ruhig schlafen, weil ihr Geld stabil bleibt. Die ärmeren 80 Prozent hören auf ständig ärmer zu werden, und können über kurz oder lang – wenn der geringere Preis für Geld auch auf die Preise der Waren durchschlägt – mit etwa dem doppelten Einkommen ohne Sozialhilfe leben. Die Staatsschulden und die staatliche Bürokratie hören auf, automatisch zu wachsen, und die Aufnahme von Schulden kann in einem überschaubaren Zeitraum auf das begrenzt werden, was der Staat an Steuern einnimmt. Vorteile für alle.

Die historischen Perioden, in denen es ein umlaufgesichertes Geld gab, beweisen, dass die Menschen ein anderes Verhältnis zu Kultur, Kunst und Zeit hatten. Das umlaufgesicherte Brakteaten-Geld des Hohen Mittelalters zum Beispiel war sicher eine Grundlage für die großartigen Kathedralen, die wir heute noch bewundern. Ihr Bau diente auch als Arbeitsbeschaffungsprogramm, von dem man – als sie begonnen wurden – wusste, dass es bis zu ihrer Fertigstellung zweihundert Jahre dauern würde. Heute muss sich das Geld in drei bis fünf Jahren »amortisieren«, sonst wird es erst gar nicht investiert.

Das heißt, es gäbe für die meisten viel zu gewinnen, aber nichts zu verlieren, wenn wir eine neue Geldordnung einführen würden. In Verbindung mit einer

neuen Bodenordnung, die den Mehrwert des Bodens⁷ den Kindern und den Menschen, die sie betreuen, zur Verfügung stellt, könnten zwei der wesentlichsten Ursachen für Armut und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich beseitigt werden.

Es ist leicht nachvollziehbar, wie durch einen historischen Fehler in unserem Geldsystem – den Zins und Zinseszinsmechanismus – nicht nur für eine ständige Umverteilung der gemeinsamen Ressourcen dieser Welt zu Gunsten einer kleinen Elite gesorgt wird, sondern auch für einen permanenten Wachstumszwang, dem sich niemand entziehen kann.

Die Umsetzung auf der regionalen Ebene

Wie könnten wir nun ein dauerhaftes, stabiles, gerechtes und umlaufgesichertes Geldsystem – in einer Größenordnung, die zählt – praktisch einführen und erproben?

Die lokale Ebene erscheint zu klein: Bei den zinsfreien Tauschringen etwa, die es heute schon als bargeldlose Verrechnungssysteme gibt, sind die Transaktionskosten bzw. die Zeit, die man braucht, bis man ein gewünschtes Produkt oder eine Dienstleistung hat, normalerweise einfach zu hoch, um dieser Lösung zum durchschlagenden Erfolg im großen Umfang zu verhelfen.

Auf der nationalen Ebene haben wir die D-Mark gerade zu Gunsten eines internationalen Geldes in Europa aufgegeben. Die Euro-Einführung ist in diesem Zusammenhang positiv und negativ zugleich: Positiv, weil die Spekulation zwischen europäischen Währungen ein Ende hat. Negativ, weil es schwierig ist, gezielt

auf spezifische nationale Situationen, Entwicklungen und Ereignisse zu reagieren.

Was bleibt, ist die regionale Ebene. Und hier gilt zunächst theoretisch, dass der Anteil des wirtschaftlichen Austauschs, der innerhalb einer Region stattfindet, auch über ein regionales und umlaufgesichertes Tauschmittel abgewickelt und damit der Austausch in der Region belebt werden kann. Es gibt natürlich Unterschiede, inwieweit sich Regionen für eine solche Lösung eignen. In einer Region mit großer Produktionsvielfalt ist die wirtschaftliche Autonomie höher, und damit ist sie besser für eine solche Lösung geeignet als eine Region mit einem dominierenden Arbeitgeber, wo die meisten Menschen in der selben Fabrik arbeiten.

Es gibt nur wenige Untersuchungen und Daten, die wir hier verwenden können, weil auch das, was wir für diesen Zweck als »Region« bezeichnen, erst mit der Verwendung einer neuen Währung entsteht. Denn wo die dazugehörige Region anfängt und endet, ist abhängig von dem Willen der Bewohner, die regionale Währung zu benutzen. Dazu kann natürlich niemand gezwungen werden. Und die Bereitschaft mitzumachen kann von geographischen, aber auch von wirtschaftlichen, kulturellen oder geschichtlichen Zusammenhängen bestimmt sein.

Grundsätzlich erlaubt eine komplementäre Regionalwährung jedoch zum ersten Mal seit der Einführung nationaler Währungen im 19. Jahrhundert (der Abschied von regionalen Währungen ist also noch nicht allzu lange her), die in der Region produzierten Güter und Dienstleistungen als solche zu erkennen, sie bevorzugt einzukaufen und damit gezielt zu fördern.

Gerade für den Mittelstand, der die meisten Arbeitsplätze schafft und in dem das Geld in der Produktion und nicht primär durch Geldgeschäfte verdient wird, eröffnen sich durch regionale Währungen neue Perspektiven des wirtschaftlichen Wachstums. Ein Arbeitsplatz für regionale Produkte kostet nur ein Bruchteil dessen, was Arbeitsplätze kosten, die für den internationalen Markt produzieren.

Warum sollten Banken in Zusammenarbeit mit den Kommunen in einer Region zukünftig nicht eine regionale Währung in ihrem Produktportfolio anbieten?⁸

Das Ziel ist, einen anderen Umgang mit einem neuen Zahlungsmittel praktisch erlebbar und nachvollziehbar zu machen und zu testen, ob das Modell einer stabilen, umlaufgesicherten Währung in diesem Rahmen funktioniert. Die Regionalwährung ist aber noch aus vielen anderen Gründen sinnvoll: von der dezentralen Versorgung mit allem Lebensnotwendigen wie Lebensmitteln, Wasser und Energie bis zur Reduzierung der Transportkosten, der Einführung von minimierten Produktionsstätten⁹ und der Übernahme von politischer Verantwortung.

Erste praktische Regio-Modelle

Um die Andersartigkeit einer regionalen Währung gegenüber dem Euro verständlich zu machen, haben die Initiator/innen nach einem anderen Namen für die komplementäre Regionalwährung gesucht, der gleichzeitig den Bezug zur Region herstellt. Und nach einer Abstimmung in dem im September 2003 in Prien gegründeten »RegioNetzwerk« ist nun die Bezeichnung »Regio« deutschlandweit üblich.¹⁰

Im Gegensatz zum Euro ist der Regio

- kein »offizielles« Zahlungsmittel, das heißt er steht nicht unter Annahmewang,¹¹ seine Annahme erfolgt nur freiwillig
- ist er nur geographisch begrenzt einsetzbar und trägt in jeder Region eine jeweils eigene Bezeichnung
- beim Umtausch in andere Regionalwährungen oder in die Landeswährung verursacht er eine Umtauschgebühr¹²
- und es lassen sich – bei den meisten Regio-Modellen – mit ihm keine Zinsen verdienen.

Alle diese Charakteristika machen ihn – nach dem Gesetz von Gresham – zum »schlechteren« Geld, das heißt alle werden bestrebt sein, dieses Zahlungsmittel loszuwerden, bevor sie ihre Euros ausgeben. Und genau das ist beabsichtigt. Das heißt wir stellen das Greshamsche Gesetz auf den Kopf, denn im Hinblick auf die Optimierung der Tauschfunktion – der wichtigsten Funktion, die das Geld zu erfüllen hat – ist der Regio natürlich das »bessere« Geld. Richtiger wäre es zu sagen, dass beide Währungen – die nationale bzw. internationale und die regionale – unterschiedliche Funktionen unterschiedlich gut erfüllen.

Der Euro eignet sich für den internationalen Austausch, Wettbewerb und die Akkumulation und Umverteilung von Vermögen über Spareinlagen oder Geldinvestitionen mit Anspruch auf exponentiell wachsende Zinsen oder Dividenden. Der Regio hingegen eignet sich als Tauschmittel für eine bewusste Förderung sozialer, kultureller und ökologischer Ziele oder für einen ethischen Umgang mit endlichen Ressourcen in einem überschaubaren Bereich, zu dem

Menschen eine direkte persönliche und emotionale Beziehung haben.

Der Regio ist sozusagen eine Marke, die eine bestimmte Qualität haben, vielleicht sogar garantieren soll.¹³ Mit der Entwicklung dieser Qualitätsvorgaben grenzt sich der Regio bewusst von anderen »Marken« ab. Tauschringe, Bartermodelle, Seniorengenossenschaften und viele andere komplementäre Währungen erfüllen bestimmte Funktionen, die in Richtung Nachbarschaftshilfe, Kapazitätenausgleich und wertbeständige Leistungsverteilung gehen. Der Regio setzt eigene Akzente in dieser vielfältigen Landschaft:

1. Er vernetzt verschiedene Partner in der Region und bringt allen Beteiligten Vorteile.
2. Er soll selbstverständlicher Bestandteil regionaler Wirtschaftskreisläufe sein und ist nur regional begrenzt verwendbar.
3. Er ergänzt die bestehende Landeswährung.
4. Er dämpft langfristig Inflations- und Deflationsgefahren.
5. Er ist umlaufgesichert oder verteilungsneutral konstruiert.
6. Er ist gemeinnützig sowie gleichzeitig professionell organisiert.
7. Er ist im Entstehungsprozess transparent und wird demokratisch von den Nutzern kontrolliert.
8. Er dient sowohl den Bewohnern der Region wie kleinen und mittelständischen Unternehmen und kommunalen Einrichtungen in der Region.
9. Er zielt auf die ökologisch sinnvolle Wahl der kürzesten Transportwege ab.
10. Er ist für die Einwohner Symbol einer historisch gewachsenen oder neuen Identität in einem überschaubaren Rahmen.

Ob Regios den Wert von Euros haben müssen, ist eine offene Frage. Es kann sinnvoll sein, weil die Umrechnung beim Einkauf und bei der Bezahlung von Rechnungen entfällt und es die steuerliche Behandlung der Regio-Umsätze erleichtert. Wichtig ist es allerdings, in die Vereinssatzungen eine Klausel aufzunehmen, die es erlaubt auf andere Einheiten überzugehen, zum Beispiel wenn es eine galoppierende Inflation im Euro gäbe. Dann könnte man auf die durchschnittlichen Kosten für eine Arbeitsstunde als Einheit übergehen, um ein Maß zu haben, das keiner Inflation unterliegt. Möglich wären auch die Kosten einer Kilowattstunde Elektrizität oder eines Kubikmeters Trinkwasser als Einheit zu benutzen, besonders wenn damit Gutscheine ausgegeben würden, mit denen solche Leistungen bezahlt werden können.

Die Verhinderung von vermögensschädlicher Inflation und wirtschaftsfeindlicher Deflation ist langfristig jedoch nur möglich, wenn eine Zusammenarbeit mit der Zentralbank und regional tätigen Banken gelingt. Dass dies durchaus Sinn macht, beweisen Forschungsergebnisse, die den in der Schweiz und in Amerika tätigen bargeldlosen Verrechnungssystemen einen wesentlichen antizyklischen Stabilisierungseffekt zuerkennen und damit die Bemühungen beider Banksysteme und der Politik unterstützen.¹⁴ D. h. wenn die Wirtschaft boomt, gehen die Aktivitäten komplementärer Geldsysteme zurück, wenn aber eine Rezession droht, nehmen ihre Aktivitäten zu.

Der Regio soll den Euro ergänzen, nicht ersetzen. Er ist deshalb auch keine »alternative« sondern eine »komplementäre« Währung. Da wir normalerweise weder von »Euro-Geld« noch von »Euro-Währung« sprechen, brauchen wir den Regio auch nicht als

»Regio-Geld« oder »Regio-Währung« zu bezeichnen, obwohl das im Anfang vielleicht hier und da nötig ist, um die Funktion des neuen Zahlungsmittels zu verdeutlichen. Aber in Zukunft schlagen wir vor einfach von »Regio« zu sprechen. Und dieser Begriff wird im »RegioNetzwerk« bereits verwendet.

Die Zusammenarbeit mit regionalen Banken

Sieht man sich die Anforderungen an, die eine komplementäre Regionalwährung zu erfüllen hat, stellt sich natürlich die Frage: Könnte oder müsste die Einführung einer solchen Währung nicht in Zusammenarbeit mit den lokalen oder regionalen Banken erfolgen? Ist zum Beispiel eine regionale Mitgliedsbank, die als Spar- und Leihgemeinschaft Teilnehmern erlaubt, allmählich anwachsende Guthaben auszuleihen, größere Investitionen zu fördern und die Spareinlagen der Mitglieder zu verwalten, nicht eine »Aufdoppelung« der ohnehin existierenden lokalen Banken, die eine solche hinzukommende Konkurrenz natürlich bekämpfen müssten?

Die Beantwortung dieser Frage wird von vielen Faktoren abhängen, nicht zuletzt davon, wie sehr sich die verantwortlichen Banker in den lokalen Banken dem Gemeinwohl und der Gemeinnützigkeit verpflichtet fühlen und/oder wie sehr sich die Bürger der Region dafür einsetzen diesbezügliche Kriterien und Ansätze, die zumindest in den genossenschaftlichen Banksatzungen verankert sind, tatsächlich einzufordern.

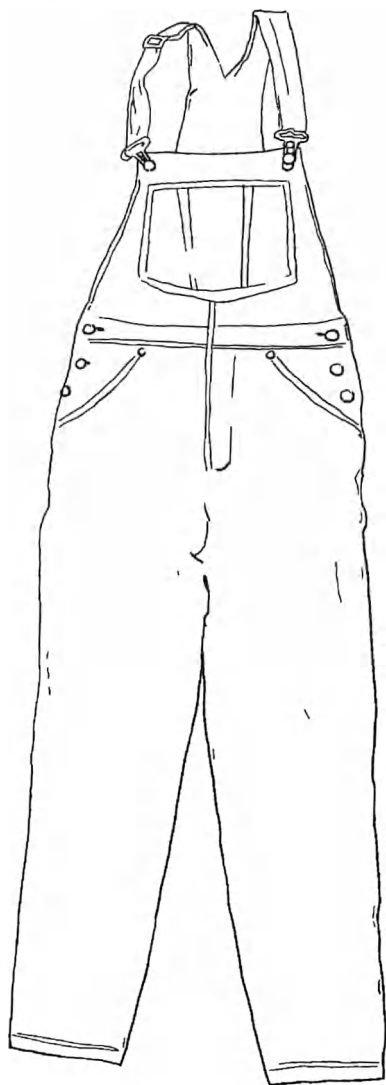
Eine Sparkasse in Delitzsch-Eilenburg bei Leipzig ist die erste Bank in Deutschland, die ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, um die Rechtssprechung der Zentralbanken bezüglich komplementärer Zweitwäh-

rungs-Systeme zu klären.¹⁵ Denn mit den Gutschein-Systemen als Währung bewegen wir uns zur Zeit in einer rechtlichen Grauzone. Gutscheine werden in Deutschland bisher lediglich geduldet. Wenn die Bezeichnung »Gutschein« gut sichtbar auf dem Tauschmittel abgedruckt, das Ausgabevolumen zudem »überschaubar« ist und der Wert des Gutscheins nicht Eins zu Eins in Euro getauscht werden kann, scheint es nach ersten Auskünften von Zentralbankern keine Probleme zu geben. Als Giralgeld hätten wir – wie Hugo Godschalk aufgezeigt hat – mit einer regionalen Zweitwährung ebenfalls kein Problem, weil es dazu eine entsprechend positive Rechtssprechung gibt.¹⁶ Um zu vermeiden, dass dies für die Initiativen bei einer entsprechenden Größe zum Problem werden könnte, bietet das Gutachten der Bank in Delitzsch-Eilenburg für alle, die in Regio-Initiativen arbeiten, eine willkommene Klarstellung.

Steuern und Gebühren in Regio?

Zwei Fragen stellen sich natürlich im Zusammenhang mit der Steuerpflicht von Regio-Transaktionen: Sollten Regio-Transaktionen überhaupt besteuert werden? Wenn das der Fall ist, in welcher Währung sollten sie dann bezahlt werden?

Einer der Hauptgründe, die dafür sprechen würden, Regio-Transaktionen nicht zu besteuern, ist der folgende: Wenn der Regio soziale Probleme lösen hilft, die den Steuerzahler ansonsten staatliche Zuschüsse kosten würden, sollten diese Kosten in die Vergleichsrechnung eingehen, die man aufstellen müsste, um die Steuerpflichtigkeit des Regio zu beurteilen bzw. festzulegen. Denn wenn die Einsparungen das Einkommen



übersteigen würde, welches die Besteuerung erbrächte, wären alle Betroffenen – einschließlich des Finanzamtes – besser dran, die Transaktionen nicht zu besteuern.

In dem Maß jedoch, in dem der Regio benutzt wird, um kommerzielle Transaktionen durchzuführen, wird die Zahlung von Steuern erforderlich. Aber hier ist die Möglichkeit, diese Steuern in Regio zahlen zu können, wichtig, denn sie wird langfristig gesehen darüber entscheiden, ob der Regio angenommen und im vollen Umfang seiner Möglichkeiten eingesetzt wird oder nicht. In der Tat ist vielleicht die effektivste Art, den Erfolg einer Regionalwährung zu verhindern, die Bestimmung zu erlassen, dass alle Steuern auf Einkommen – egal ob aus Euro- oder Regio-Transaktionen – in Euro zu zahlen sind. Und das Gegenteil ist ebenso richtig: Der beste Weg für die lokalen und regionalen Behörden, den Erfolg des Regio zu unterstützen, ist Steuerabgaben und Gebühren in Regio zu akzeptieren, denn dies ist der beste Anreiz für Geschäftsleute, den Regio zu akzeptieren.

Wenn die Behörden und politischen Entscheidungsträger Steuern und Gebühren auch in Regio akzeptieren, so können sie dafür wichtige Gründe nennen. Erstens kommen diese Steuern den öffentlichen Dienstleistungen ihres Gebietes zugute, zweitens werden damit regionale Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen, und drittens erlauben die positiven sozialen und ökonomischen Auswirkungen der verstärkten regionalen Wertschöpfung der Verwaltung, Steuergelder einzusparen und die gesamte wirtschaftliche Lage der Region zu verbessern.

Schließlich gibt es aber auch noch einen Mittelweg zwischen Steuerfreiheit und der Steuerpflicht aus

Regio-Einkommen. So könnte man einen Teil steuerfrei machen (zum Beispiel Einkommen unter 1000 Regio oder Euro-Äquivalent unbesteuert lassen), da die Erhebung dieser Steuern sowieso mehr kostet, als dabei übrig bleibt. (So wird zum Beispiel das Einkommen aus SEL – einer französischen Komplementärwährung – behandelt.) Ein anderer Weg wäre, den Geschäftsleuten die Bezahlung eines bestimmten Prozentsatzes ihrer Steuern in der Regionalwährung zu gestatten.

Ein praktisches Beispiel im Chiemgau

Der »Chiemgauer« ist eine der ersten der zwanzig Regionalwährungen in Deutschland, die im Jahr 2006 existieren und unterschiedliche Konzeptionen aufweisen. Dreißig weitere Initiativen planen die Herausgabe einer regionalen Währung. Die Regionalgeld-Initiative der Waldorf-Schule in Prien am Chiemsee hat den »Chiemgauer« als komplementäres Tauschmittel konzipiert. Dabei haben alle Beteiligten Vorteile. Im Gegensatz zu vielen kommerziellen Bonussystemen erhält man beim Kauf der Chiemgauer-Gutscheine keinen Rabatt. Der Käufer darf sich allerdings ein gemeinnütziges Projekt aussuchen, das dann drei Prozent der Gebühr erhält, die beim Umtausch in Euro anfällt.

Die ersten Käufer dieses neuen Tauschmittels waren die Eltern der Waldorfschüler. Sie unterstützen damit einen Erweiterungsbau für die Schule. Mittlerweile stehen zahlreiche weitere gemeinnützige Projekte auf der Liste, und die Beteiligten kommen aus den verschiedensten Teilen der Region. Darüber hinaus akzeptieren die Kunden eine Umlaufsicherung in Form einer

Gebühr in Höhe von jährlich acht Prozent. D. h. alle drei Monate - also vier Mal im Jahr - muss eine Marke, die zwei Prozent des Wertes ausmacht, auf den Gutschein geklebt werden, damit er seinen Wert behält.

Die Kaufleute, welche die Gutscheine in Zahlung nehmen, können sie mit einem geringen Verlust in die Landeswährung zurücktauschen oder sie zur Zahlung an andere Geschäfte, an ihre Angestellten, an den Verlag der örtlichen Zeitung usw. weiterreichen. Dann verlieren sie nicht die Gebühr, die sie beim Rücktausch zahlen müssten. In Australien beträgt die Gebühr zehn, in Prien nur fünf Prozent.

Für die Mehrheit der Geschäftsleute ist es eine Kundentreue-Aktion. Und für Kundentreue-Aktionen wenden sie in Deutschland auch heute schon bis zu zehn Prozent ihres Umsatzes auf. Eine Unterstützung der regionalen Währung durch die Geschäftsleute würde ihnen also keine zusätzlichen Kosten bereiten. Weil die Kunden bei ihnen mit ihrem regionalen Tauschmittel bezahlen können, kommen sie zum Einkauf in ihren Laden. Immer öfter erleben diese Geschäftsleute dann, dass sie auch selbst mit diesem Tauschmittel bei anderen bezahlen können und der Vorteil entsteht, dass sie die fünfprozentige Rücktauschgebühr in den Euro nicht entrichten müssen. Wenn die Waldorfschülerinnen am Monatsende in die Geschäfte kommen, um die dort angesammelten regionalen Gutscheine gegen Euro umzutauschen, hören sie, dass kein Gutschein mehr in der Kasse ist, weil die Geschäftsinhaber ihn woanders ausgegeben haben.

Sparkonten für die Regionalwährung?

Die Wirkung der Regionalwährung auf die Kunden ist klar: Sie bezahlen mit Gutscheinen, wo es möglich ist, bevor sie mit Euro bezahlen. Und genau das ist beabsichtigt. Die teilnehmenden Unternehmen im Chiemgau freuen sich über die Umsätze. Von den Erlösen aus der Umlaufsicherung werden die Kosten des Gutscheinsystems gedeckt. Überschüsse werden für unterstützenswerte Projekte in der Region verwendet. Wer dieses regionale Tauschmittel benutzt, nimmt also einen kleinen Verlust in Kauf, wenn er es über einen längeren Zeitraum in der Tasche behält, hat dafür aber den Vorteil, dass er Projekte, Vereinigungen oder Veranstaltungen eigener Wahl benennen kann, die mit den Einnahmen aus der umlaufgesicherten Komplementärwährung begünstigt werden.

Wenn Sparkonten für die Regionalwährung existieren, kann dieser kleine Verlust entfallen, denn dann werden ja diese Guthaben wieder an andere als Kredit weitergegeben. Der Vorteil einer solchen Konstruktion ist, dass man den Euro nur dann und nur so lange in Regional-Gutscheine umtauschen wird, wie man diese auch ausgeben kann. Und das wiederum wirkt wie eine eingebaute Sicherung gegen die unbegrenzte Herausgabe von Gutscheinen, die zu einer Gutschein-Inflation führen könnte.

Darin besteht ein großer Vorteil von »Gutschein-Währungen« gegenüber so genannten »Fiat-Währungen«, die praktisch aus dem Nichts geschaffen werden können – wie damals, als die Deutsche Mark eingeführt wurde und pro Kopf 40 D-Mark ausgezahlt wurden. Sicherlich ist auch vorstellbar, dass in einer Region eine »regionale Währungsreform« stattfindet,

indem pro Kopf ein bestimmter Betrag in einer Regionalwährung ausbezahlt wird. Aber damit würden heute möglicherweise rechtliche Probleme entstehen, außerdem besteht die Gefahr einer unbegrenzten Ausweitung der Geldmenge. Das hat zum Beispiel dem argentinischen »Credito« – der einige Monate landesweit phantastisch funktionierte und zwei Millionen Menschen das Überleben ermöglichte, nachdem die nationale Währung zusammengebrochen war – später in vielen Regionen Argentiniens den Garaus gemacht.

Wir schaffen also hier im eigentlichen Sinne keine neue Währung, sondern nutzen die Möglichkeit, in einem – durch eine Vereinssatzung definierten – Rahmen, dem Gutschein-Modell als Kundentreue-Aktion eine zusätzliche soziale Funktion zu geben: nämlich als komplementäres, umlaufgesichertes Zahlungsmittel die regionale Entwicklung zu fördern.

Diese Idee wurde inzwischen an mehr als fünfzig Orten in Deutschland überraschend schnell aufgegriffen und an zwanzig Orten mit unterschiedlichen Varianten bereits in die Praxis umgesetzt,¹⁷ und zwar hauptsächlich aus drei Gründen:

Erstens gibt es nun einige legale Möglichkeiten, ein regionales Tauschmittel zu schaffen, das gleichzeitig allen Beteiligten Vorteile bietet und somit eine Chance hat, auf breiter Basis angenommen zu werden.

Zweitens suchen viele Einzelne und Gruppen nach Wegen, wie sie einen Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen Krise leisten und sich gleichzeitig selbst behaupten können.

Und drittens scheint es viele andere Gesichtspunkte zu geben, die für eine Wiederbelebung der regionalen Wirtschaft und Identität als Ausgleich zur einseitigen Globalisierung sprechen: von der Vermarktung fri-

scher Lebensmittel in der Region bis zur Umstellung auf eine regenerative Energieversorgung und einer bio-regionalen Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft; von der größeren Nähe zwischen Produzenten und Konsumenten bis zu besseren Serviceleistungen von Handwerkern und kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Vision vom »Europa der Regionen«

Anstatt die Globalisierung mit all ihren positiven und negativen Folgen – sozusagen im Gesamtpaket – zu akzeptieren, sehen viele Menschen in der Region die Möglichkeit, direkte Veränderungen zu bewirken, die ihnen selbst zugute kommen. Denn viele erleben die Globalisierung nicht nur als Verlust eigener Handlungsspielräume, sondern auch als die Machtlosigkeit der Politik, sich von den Standortentscheidungen einiger Großunternehmen und von der Instabilität des internationalen Finanzsystems unabhängig zu machen.

Die regionale Ökonomie stellt einen neuen Ordnungsansatz dar gegenüber dem, was wir bislang unter »Globalisierung« verstehen. Und die Einführung regionaler Währungen ist einer der kraftvollsten Wege, diesen neuen Ordnungsansatz zu realisieren. Zahlreiche bereits bestehende regionale Initiativen und Programme sind die ersten »natürlichen« Partner im Umsetzungsprozess. So umfasst die Regionalbewegung in Deutschland inzwischen rund dreihundert Initiativen, dazu kommen über zweitausend Agenda-21-Gruppen und mehr als ein Dutzend Leader-plus-Projekte (ein EU-Programm, welches die regionale Entwicklung des ländlichen Raumes fördert). Ein wei-

terer Ansprechpartner – außer diesen Gruppen vor Ort – kann auch der »Ausschuss der Regionen«¹⁸ sein, der als Hüter des Subsidiaritätsprinzips und als direkte Verbindung zwischen den Interessen der Regionen und der Europäischen Gemeinschaft eingerichtet wurde.

Das gegenwärtige Geldsystem wirkt wie eine Pumpe, die das Kapital aus den Regionen, in denen es verdient wird, absaugt und in Regionen pumpt, in denen es die höchste Rendite erzielt; zur Zeit ist dies China, wo 40 Prozent (!) des weltweit verfügbaren Kapitals investiert wird. Deshalb wird eine Verkürzung des Geldkreislaufs, der sich nach den Erfordernissen der Region richtet, eminent wichtig. Nur dadurch erhält sich eine Region ihre eigene Liquidität. Das heißt: Soll die neue Währung anders als die heutige Währung, die in der Regel dem höchsten Profit dient, der Region dienen, so muss sie auf die Region begrenzt sein. Hans Diefenbacher bestätigt dies in seiner Betrachtung der unterschiedlichen Aufgaben, die auf die lokalen und regionalen Arbeitsgruppen der Agenda 21 zukommen, indem er sagt: »Um Ausbeutung oder Störung des ökonomischen Gleichgewichts durch Einflüsse von außerhalb der Region zu verhindern, sollte jede Region zusätzlich eine eigene Währung oder Verrechnungseinheit – unter Umständen auch mehrere – und ein eigenständiges Banken- und Kreditsystem haben.«¹⁹

Unser heutiges Geld dient gleichzeitig als Tauschmittel, Wertmaßstab oder Recheneinheit und Wertspeicher oder Wertaufbewahrungsmittel. Das Grundproblem ist, dass es als Wertspeicher mit exponentiell wachsenden Ansprüchen und unbegrenzter Mobilität konzipiert ist. Und da heute zumeist auf

den Kapitalmärkten höhere Renditen, als bei Investitionen in Unternehmen erzielt werden, fließt immer weniger Geld dorthin, wo auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Deshalb wird die Funktion einer Regionalwährung in erster Linie auf die des Tauschmittels und der Recheneinheit hin zu optimieren sein, damit sie nur in einem begrenzten Gebiet gültig ist und als Wertspeicher »nur« einen stabilen Anlagewert sichert. Die wesentlichen Ziele sind:

- vorhandene Ressourcen für die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen zu nutzen, um sie dem ungedeckten Bedarf und der Nachfrage entsprechend absetzen zu können,
- dadurch die Arbeitslosigkeit zu verringern,
- den Kaufkraftabfluss aus der Region aufzuhalten und
- den Kommunen neue finanzielle Möglichkeiten zu verschaffen, um ihre Aufgaben zu erfüllen.

Dass genau diese Ziele durch bisherige Förderprogramme nicht erreicht wurden, zeigt Robert Musil anhand vieler Beispiele aus der Europäischen Union. Er unterscheidet zwischen »externen«, von außen initiierten und »endogenen«, d. h. von innen her initiierten Strategien, um dem räumlichen Ungleichgewicht zwischen Zentren und Peripherie zu begegnen und kommt zu dem Schluss, dass die weitgehend neoklassisch dominierte Regionalpolitik der Europäischen Union (keynesianische Nachfragesteuerung, Wachstumspolansatz) das »Davonlaufen« von Kapital, Wertschöpfung und Humankapital nicht aufhalten konnte.²⁰ Und selbst die endogenen Strategien, die auf die Förderung der regionalen Potenziale abzielen, zum Beispiel durch die Vernetzung vorhandener Ressourcen (Kooperationsförderung) und die Einbindung der

Bevölkerung (»bottom-up«-Ansatz) einen wesentlichen Faktor unberücksichtigt gelassen haben, nämlich die monetäre Geldversorgung. Dabei ist leicht einsehbar: Projekte mit relativ geringer Rentabilität können nicht mit Geldkapital finanziert werden, das unter hohem Wachstums- und Gewinnzwang steht.

Wie soll es weitergehen?

In den vergangenen zwei Jahren sind in Deutschland etwa dreißig Bücher veröffentlicht worden, die sich kritisch mit dem jetzigen Wirtschafts- und Finanzsystem auseinandersetzen. Ähnlich wie Joachim Sikora, Arno Gahrman und Henning Osmers, Eric Bihl und Volker Freystedt, Richard Douthwaite oder Franz Groll argumentiert auch ein Gruppe von etwa einem Dutzend Professor/inn/en der Volks- und Betriebswirtschaftslehre aus Deutschland, Österreich und der Schweiz in einem neuen Bericht für den »Club of Rome« für einen grundlegenden Wandel in der Betrachtungsweise des Geldes und seiner Funktionen. Unter dem Titel »Wie wir wirtschaften werden – Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte« füllt der Bericht die Lücke, die der erste Bericht des Club of Rome, der die gesamte Nachhaltigkeits-Debatte vor dreißig Jahren eröffnet hatte, hinterließ. Meadows hatte das Thema Geld völlig übersehen. Er betrachtete es als ein passives Buchhaltungssystem, welches den Aspekt Nachhaltigkeit weder im negativen noch im positiven Sinne beeinflussen würde. Der neue Bericht identifiziert nun – als eine wichtige Komponente des nachhaltigen Wirtschaftens die Einführung komplementärer lokaler und regionaler Währungen.

In Zeiten fehlender politischer Konzepte, wie denn die Krisen, in denen wir uns befinden, zu bewältigen sind, von der Terrorbekämpfung bis zu den diversen »Löchern« im Bundes- und in Gemeindehaushalten, von dem Verkauf des »Tafelsilbers« spricht der Privatisierung lebenswichtiger Infrastruktureinrichtungen (Energie- und Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, öffentliche Verkehrsmittel u. a.) bis zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, in solchen Zeiten sollte auch ungewöhnliche Analysen und Ideen eine Chance gegeben werden. Die Zeit scheint reif, im Angesicht einer aus dem Ruder laufenden Globalisierung, die Region als neue gemeinschaftliche Bezugseinheit für den Einzelnen wiederzubeleben. Und im Rahmen dieser Entwicklung wird auch das Thema »komplementäre regionale Währungen« zu diskutieren sein.

Die Veränderung eines so etablierten Systems wie das unseres Geldes verlangt eine Bewusstwerdung seiner Licht- und Schattenseiten bei vielen Menschen. Die beste Art und Weise, diesen Prozess zu fördern, ist es nicht nur, theoretische Schwachstellen aufzudecken, sondern auch Überlegungen anzustellen, wie wir jede/r mit einem eigenen möglichen Beitrag praktischen Beispielen zum Erfolg und zum Durchbruch verhelfen können. Dazu ist Zivilcourage notwendig, und sie wird – so hoffe ich – dazu beitragen, dass die Welt nicht mehr vom Geld regiert wird, sondern dass wir das Geld regieren. Jede und jeder ist von dem archaischen Grundfehler in unserem Geldsystem betroffen. Das bedeutet, es braucht das Wissen um die monetären Zusammenhänge als Voraussetzung für einen »Solar Lifestyle«, eine breite Bürgerbewegung, die sich – ähnlich wie die Umweltbewegungen – parallel zur Agrar- und Energiewende um eine Geldwende

bemüht und die ihrem großen Ziel einer Änderung der Geldstrukturen in vielfältigen kleinen Schritten entgegengeht.



Wir können auch anders? Nein, wir sollten es besser anders machen. Der Klimawandel führt uns mit aller Macht vor Augen, dass unser westlicher Lebensstil ausgedient hat.

Hartmut Graßl, Margrit Kennedy, Rolf Kreibich und vierzehn weitere Autoren sind ausgewiesene Experten auf ihrem Gebiet. Aus fachlicher Sicht verdeutlichen sie die Risiken und dramatischen Folgen unseres Lifestyles und zeigen auf, welche Chancen neue, nachhaltige Lebensstile bieten. Dazu dokumentieren sie aus ihrer privaten Perspektive, wie sich der Einzelne der prekären Entwicklung entgegenstellen kann, ohne erst auf den fürsorgenden Staat zu warten. Der vorliegende Band liefert profunde Beiträge zum Diskurs darüber, wie wir künftig leben wollen.